



öffentlich

Betreff:
Bürgerbegehren "Keine neuen Tagebaue"

Erstellungsdatum 27.10.2008

Eingang 902:

Einreicher: Stadtverordnete Ute Grimm, Carsten Herzberg und

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
12.11.2008	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob in den Wohngebieten und neuen Ortsteilen zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden können, das Bürgerbegehren „Keine neuen Tagebaue“ zu unterschreiben.

Über das Ergebnis soll die Stadtverordnetenversammlung in der Dezembersitzung 2008 informiert werden.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Stadt Potsdam ist Mitglied im Klimabündnis und hat sich das Ziel gesetzt, den CO₂ - Ausstoß deutlich zu reduzieren. Bereits mit der Entscheidung für ein modernes Kraftwerk auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung hat die Stadt Potsdam sich für eine umweltschonendere Energiepolitik als das Festhalten an der Braunkohle positioniert. Durch die Schaffung zusätzlicher und niedrighschwelliger Möglichkeiten der Beteiligung am Bürgerbegehren erleichtert die Stadt die Teilhabe an demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten und unterstützt die Umsetzung der globalen Klimaschutzziele.